



## Niederschrift

### 2. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 30.09.2014
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:00 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum 3.041, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

---

#### Anwesend sind:

##### Ausschussvorsitzender

Herr Clemens Viehrig                      CDU/ANW

##### Ausschussmitglieder

Herr Matthias Lack                      DIE LINKE  
Herr Marcel Piest                      SPD  
Frau Ingeborg Naundorf                Grüne/B90  
Herr René Kulke                      DIE aNDERE

##### zusätzliches Mitglied

Herr Johannes Baron v. d. Osten      FDP                      ab 17:35 Uhr  
gen. Sacken

##### stellv. Ausschussmitglieder

Frau Dr. Karin Schröter                DIE LINKE              Teilnahme für Barbara Keller

##### sachkundige Einwohner

Herr Andreas Ehrl                      Bürgerbündnis-FDP  
Frau Christiane Erning                Potsdamer Demokra- Teilnahme von 17:40 Uhr bis 19:15  
ten/BVB Freie Wähler      Uhr  
  
Herr Viktor Kalitke  
Herr Daniel Keller                      SPD  
Frau Tina Lange                      DIE LINKE  
Frau Eva Wieczorek                    Bündnis90/Die Grü-  
nen  
  
Herr Stefan Wollenberg                DIE LINKE  
Herr Hans-Joachim Ziebarth        CDU/ANW

## Beigeordnete

Frau Dr. Iris Jana Magdowski      Beigeordnete Ge-  
schäftsbereich 2

## Gast

Frau Petra Rademacher	FBL Bildung u. Sport
Herr Robert Werner	FB Bildung und Sport
Herr Torsten Gessner	BL Sport
Frau Dr. Roswitha Voigtländer	Volkshochschule
Herr Eckhard Dörnbrack	Staatliches Schulamt
Herr Bernd Richter	KIS
Frau Sabine Röding-Kanwischer	SL Gerhart- Hauptmann-GRS
Frau Dietz	Vors. Schulkon. Hauptmann-GRS
Herr Upmann	Förderverein GRS 12
Frau Dr. Carola Gnadt	SL Humboldt-Gym.
Herr Tobias Borstel	Verein Polarstern
Frau Anne Pichler	Stadtsporthund
Frau Angela Frevert	Kreisschulbeirat
Herr Torsten Beyer	Verein Polarstern
Frau Stefanie Seidel	Behindertenbeirat
Frau Grit Onnen	ESV Lock Potsdam
Frau Barbara Matthiesen	Rollsport Elternsprecherin Humboldt-Gym.
Frau Antja Wächter	Vors. Elternkonferenz GRS 12
Frau Tina Wagenschütz	Kita Baumschule
Frau Stefanie Schusk	GRS 12
Frau Gudrun Spaan	Dozentin Volkshoch- schule

## Nicht anwesend sind:

### Ausschussmitglieder

Frau Barbara Keller	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Volker Klamke	SPD	nicht anwesend

### zusätzliches Mitglied

Herr Dennis Hohloch	AfD	entschuldigt
---------------------	-----	--------------

### sachkundige Einwohner

Frau Kathleen Krause	SPD	entschuldigt
Frau Maja Kulke	DIE aNDERE	entschuldigt

**Schritfführer/in:** Frau Gudrun Wildgrube

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 02.09.2014 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Umbau Hofgebäude Gerhart-Hauptmann-Grundschule
- 4 Sachstand Rollsportfeld Heinrich-Mann-Allee
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  - 5.1 Umsetzung des Schul- und Kita-Sanierungsprogramms bis 2019  
Vorlage: 14/SVV/0632  
Fraktion DIE LINKE  
auch WA KIS
  - 5.2 Azubiwohnheim voranbringen  
Vorlage: 14/SVV/0349  
Fraktion SPD
  - 5.3 Honorarsituation für Kursleitende an der Volkshochschule  
Vorlage: 14/SVV/0823  
Fraktion DIE LINKE  
HA
  - 5.4 Erste Änderung der Schulraumnutzungs- und Entgeltordnung der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 14/SVV/0810  
FB Bildung und Sport  
FA
  - 5.5 Bereitstellung eines zusätzlichen Vertretungsbudgets für Schulen durch das Land Brandenburg - Einstellung der städtischen Vertretungsreserve gegen Unterrichtsausfall  
Mitteilungsvorlage: 14/SVV/0816  
FB Bildung und Sport  
FA
  - 5.6 Sitzungskalender 2015  
Vorlage: 14/SVV/0718  
Stadtverordnete Müller als Vorsitzende der StVV
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 7 Sonstiges
  - 7.1 Sachstand Gesamtschule Bornstedter Feld

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

#### zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung.

#### zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 02.09.2014 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

**Herr Viehrig** stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Gegen die Niederschrift der Sitzung vom 02.09.2014 gibt es keine Einwendungen, insofern bittet er um Abstimmung. Er fragt, ob es Änderungen oder Ergänzungen zur ausgereichten Tagesordnung gibt.

**Herr Wollenberg** bittet darum, TOP 5.3 am Ende der Sitzung zu behandeln. Zu diesem Punkt hat die Fraktion DIE LINKE Rederecht für Frau Spaan, Dozentin an der Volkshochschule, beantragt, die wegen eines anderen Termins später komme.

**Herr Viehrig** schlägt vor, die Behandlung von TOP 7.1 nach TOP 5.1 einzuordnen, da Herr Richter zu beiden Punkten Ausführungen zu machen habe und noch einen anderen Termin wahrnehmen müsse.

Die Ausschussmitglieder stimmen der vorgeschlagenen Verfahrensweise einstimmig zu.

**Herr Viehrig** bittet um Abstimmung der beantragten Rederechte zu TOP 3 für Frau Röding-Kanwischer, Schulleiterin der Gerhart-Hauptmann-Grundschule, zu TOP 4 für Herrn Borstel vom Verein Polarstern und Frau Dr. Gnad, Schulleiterin des Humboldt-Gymnasiums, sowie für Frau Spaan zu TOP 5.3.

Die Ausschussmitglieder stimmen den beantragten rederechten zu.

Der Ausschuss für Bildung und Sport stimmt der Niederschrift der Sitzung vom 02.09.2014 in der vorliegenden Fassung zu.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

#### zu 3 Umbau Hofgebäude Gerhart-Hauptmann-Grundschule

**Frau Röding-Kanwischer** bittet, die Elternvertreterin der Gerhart-Hauptmann-Grundschule sprechen zu lassen.

**Frau Schusk** verweist auf das Schulkonzept und die unzureichende Raumsituation der Schule. Seit Jahresbeginn werde die Schule vertröstet. Deshalb bittet sie

um Unterstützung bei der Fertigstellung der Inklusions-, Funktions- und Horträume.

**Herr Richter** erklärt, dass nach Abstimmung mit dem Fachbereich Bildung und Sport, dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie und der Schulleitung die notwendige Planung für den Umbau des Hofgebäudes bei der unteren Bauaufsichtsbehörde zur Genehmigung eingereicht wurde. Das Verfahren laufe noch. Sobald die Baugenehmigung vorliege, werde der KIS die weiteren Planungsphasen vorantreiben und schnellstmöglich die beabsichtigten Bauleistungen bekanntmachen und vergeben.

**Frau Röding-Kanwischer** fragt, ob die Möglichkeit bestehe, einen Zeitplan zur Verfügung zu stellen. Die Eltern wünschen sich feste Aussagen. Deshalb wünscht sie eine zeitliche Vorgabe zu erhalten.

**Herr Richter** sichert zu, dass es, sobald die Baugenehmigung vorliegt, eine Abstimmung mit der Schule und einen Projektplan geben werde.

**Herr Viehrig** will als Ausschussvorsitzender erfragen, wann mit der Baugenehmigung zu rechnen ist. Wenn die Baugenehmigung vorliegt, wird ein Terminplan an die Ausschussmitglieder ausgereicht.

zu 4

#### **Sachstand Rollsportfeld Heinrich-Mann-Allee**

**Herr Borstel** erläutert die Situation an Hand einer Präsentation. Er macht Ausführungen zu den Schäden und zum Bodenbelag (Epoxidharz). Er informiert darüber, was der Verein Polarstern Potsdam – Inline-Skaeter-Hockey-Club e.V. bisher getan hat, um die Anlage zu erhalten und erklärt, warum man Bergo-Multisportboden möchte.

**Herr Viehrig** fragt Herrn Richter, ob es ein Prüfergebnis gebe und ein Bodenbelag gefunden wurde, der für alle Nutzer geeignet ist.

**Herr Richter** informiert, dass man den Prüfauftrag bisher nicht erfüllen konnte. Am 07. Oktober 2014 werde es einen Termin mit allen Beteiligten geben.

**Herr Kulke** stellt fest, dass die in der letzten Sitzung von Herrn Happich vorgebrachte Stellungnahme eine andere Aussage beinhaltete.

**Herr Borstel** erklärt, dass es im März eine Musterung im Beisein aller Beteiligten gegeben habe und dass sein Verein das von Herrn Happich Vorgetragene so nicht mittrage.

Es schließt sich eine kurze Diskussion der Ausschussmitglieder an.

**Herr Wollenberg** verweist darauf, dass die Nutzung für den Schulsport Voraussetzung für die Sanierung sei. Er fragt nach, welche Möglichkeiten es gebe, dass die Rollsportläufer nicht hinten runter fallen.

**Herr Gessner** erklärt, der Fachbereich Bildung und Sport habe großes Interesse daran, eine Lösung für alle zu finden. Problem sei das Dämpfungsverhalten des Belages in Verbindung mit dem Rollverhalten und der Wasserdurchlässigkeit im Außenbereich. Man arbeite an einer Lösung für alle Beteiligten.

**Herr Richter** erklärt, dass man nächste Woche auf eine einvernehmliche Lösung hoffe. Es lohne sich darüber nachzudenken, in neu zu bauenden Sporthallen einen passenden Belag zu legen, der die Belange des Rollsports berücksichtigt. Das werde ein Thema bei der Planung von neuen Hallen sein.

**Frau Dr. Gnadt** verweist darauf, dass die Schule der Hauptnutzer sein werde und Schulsport eine Pflichtaufgabe ist. Deshalb sollte dafür Sorge getragen werden, dass der Belag für Schüler nutzbar ist, ohne dass sie körperliche Schäden davon tragen. Sie reicht eine Anlage zum Schulsportgelände aus, die der Niederschrift beigelegt wird.

**Herr Viehrig** erklärt, die Beratung am 07. Oktober 2014 sollte zum Ziel haben, dass alle ihre Sportarten durchführen können. Über das Ergebnis sollte eine schriftliche Information an den Ausschuss für Bildung und Sport erfolgen. Die Präsentation wird als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung gestellt.

## zu 5 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

### zu 5.1 **Umsetzung des Schul- und Kita-Sanierungsprogramms bis 2019** **Vorlage: 14/SVV/0632** Fraktion DIE LINKE auch WA KIS

**Herr Wollenberg** verweist darauf, dass der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Jugendhilfeausschuss anders beschlossen wurde. Er bittet die Beschlussfassung des Jugendhilfeausschusses zur Abstimmung zu zustellen. Der Termin, im November in der Stadtverordnetenversammlung zu berichten, könne weggelassen werden, da er unrealistisch erscheint.

**Herr Richter** merkt an, falls der Beschluss so gefasst werden sollte, rede man über ein Volumen von 45,4 Mio. €, die jährlich zu refinanzieren sind, was eine Einsparung freiwilliger Leistungen oder eine Einnahmeerhöhung, zum Beispiel bei der Grundsteuer B, zur Folge hätte.

**Frau Rademacher** verweist auf den gerade beschlossenen Schulentwicklungsplan, der ein Sanierungs- und Neubauprogramm beinhaltet. Man habe bis 2020 ernsthaft und solide geplant und sollte keine Planung darüber hinaus vornehmen. Der vorliegende Antrag könnte nur mit einer Landesförderung realisiert werden. Ansonsten sehe sie keine Möglichkeit.

**Frau Dr. Schröter** wirbt für den Antrag. In den nächsten Jahren werde es ein kommunales Inklusionsprogramm des Landes geben. Die Landeshauptstadt Potsdam habe gute Möglichkeiten davon zu profitieren. Man sollte zusehen, die Sanierungsdefizite zu schließen.

**Frau Dr. Magdowski** verweist auf den offenen Brief des Kreiselternrates und Kreisschulbeirates, der mit der Niederschrift vom 02.09.2014 zu TOP 8.1 ausgereicht wurde. Aus dem Antwortschreiben der Ministerin könne man ableiten, dass es über Inklusion hinaus keine Finanzierungsmöglichkeiten gebe. Das Antwortschreiben vom 05.09.2014 wird als Anlage zur Niederschrift gegeben.

**Herr Ziebarth** spricht sich gegen den Antrag aus. Man sollte zu dem beschlossenen Schulentwicklungsplan stehen und keine Sondersanierung anstreben.

**Herr Wollenberg** erklärt, es gehe nicht darum Neubau und Sanierung auszuspielen. Es gebe Objekte die zerfallen. Man kenne den Sanierungstau und wolle einen Plan auf den Tisch.

**Frau Dr. Magdowski** hat den Eindruck, dass man sich der Diskussion aus der letzten Wahlperiode nähere. Der KIS habe viele Pläne zum Sanierungstau auflisten müssen. Sicherheit habe dabei oberste Priorität. Es müsste ein Signal vom Land kommen, damit der KIS Pläne machen könne.

**Frau Dr. Schröter** erklärt, es gehe darum zu erfahren, wo Defizite seien, wie groß diese sind und wie man sie beseitigen könnte.

**Frau Wieczorek** war in der Schulvisitation tätig und hat gesehen, wie arme Kommunen Gelder zusammenkratzen um etwas für Schulen zu tun. Das sehe sie in Potsdam nicht.

**Herr Richter** erklärt, dass man in den letzten Jahren erheblich in Bildungsinfrastruktur investiert habe. Der Wirtschaftsplan KIS sehe zum Beispiel für Bildungsinfrastruktur einen Anteil von 98 % vor.

**Herr v. d. Osten gen. Sacken** wundert sich über die Diskussion. Im Vorfeld zum Beschluss der Schulentwicklungsplanung habe man eingehend über Prioritäten diskutiert. Man wisse also um die Probleme.

**Herr Wollenberg** erwidert, dass man im Rahmen der Schulentwicklungsplanung über Neubauten gesprochen habe. Jetzt rede man über bestehende Schulstandorte, die nicht fertig saniert seien.

**Frau Erning** fragt, was ein Plan bringe, der nicht umgesetzt werden kann.

**Herr v. d. Osten gen. Sacken** erläutert, dass es verschiedene Ansätze gab, die diskutiert wurden. Er wehre sich dagegen, dass man letztes Jahr nicht wusste, dass man einen Investitionstau habe.

**Herr Viehrig** stellt folgenden Beschlusstext zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das bisher umgesetzte Schul- und Kita-Sanierungsprogramm so weiterzuentwickeln, dass alle Schulen, Kitas, Jugendeinrichtungen und Sportstätten der Stadt Potsdam ~~bis zum Ende der Wahlperiode 2019~~ **schnellstmöglich saniert sind werden.**

Grundlage des Sanierungsprogramms sind der Schulentwicklungsplan 2014-2020 (Beschluss der SVV vom 02.04.2014), der Jugendhilfeplan 2014-2018 (Beschluss der SVV vom 05.03.2014) sowie der von der Verwaltung vorgelegte aktuelle Sportentwicklungsplan.

Das fortgeschriebene Sanierungsprogramm **und ein Refinanzierungsvorschlag** sind im Zusammenhang mit dem Haushaltsentwurf für 2015/16 der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 3

Ablehnung: 3  
Stimmenthaltung: 0

**Herr Viehrig** stellt fest, dass der Antrag abgelehnt ist und fordert alle auf, Ideen zur Entlastung des 160 Millionen Euro Paketes zum Schulentwicklungsplan zu prüfen. Mit diesen Entlastungen können wir den Sanierungsstau abbauen.

## zu 5.2 **Azubiwohnheim voranbringen**

**Vorlage: 14/SVV/0349**

Fraktion SPD

**Herr Piest** verweist darauf, dass sich der Antragsteller nach der Diskussion in der letzten Sitzung nochmals zu dem Antrag verständigt hat. Die Fraktion sei zu der Erkenntnis gekommen, dass es kein Bildungsthema ist und deshalb im Hauptausschuss behandelt werden soll, wohin der Antrag ebenfalls überwiesen wurde. Er beantragt, dass wegen Unzuständigkeit keine Behandlung im Ausschuss für Bildung und Sport erfolgt.

**Frau Dr. Magdowski** unterstreicht, dass es sich eigentlich um eine Aufgabe der Arbeits- und Wirtschaftsförderung handelt. Eine Behandlung im Hauptausschuss werde befürwortet, weil er im Gegensatz zum Ausschuss für Bildung und Sport entscheiden könne.

**Herr Viehrig** bittet um Abstimmung darüber, den Antrag wegen Nichtzuständigkeit des Ausschusses für Bildung und Sport nicht zu behandeln.

### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 3  
Ablehnung: 2  
Stimmenthaltung: 1

**Der Ausschuss für Bildung und Sport lehnt die Behandlung wegen Nichtzuständigkeit ab. Der Antrag soll im Hauptausschuss behandelt werden.**

## zu 5.3 **Honorarsituation für Kursleitende an der Volkshochschule**

**Vorlage: 14/SVV/0823**

Fraktion DIE LINKE

HA

**Frau Spahn**, Dozentin an der Volkshochschule, erhält Rederecht. Sie schildert die Situation freiberuflicher Lehrkräfte und bittet um Unterstützung.

Es wird eine Tischvorlage ausgereicht, die der Niederschrift beigelegt wird.

**Frau Dr. Schröder** erklärt, dass es seitens des Antragstellers nichts hinzuzufügen gebe. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE ging in die Richtung, der Unterbezahlung entgegen zu wirken. Der Ergänzungsantrag der Fraktion DIE ANDERE spreche auch von einzuleitenden Schritten.

**Herr Piest** begrüßt den Prüfauftrag. Allerdings müsse man bei der Prüfung auch die Situation der Volkshochschule anschauen und überlegen, ob es sich arbeitsrechtlich um Scheinselbständigkeit handelt.



**Frau Dr. Voigtländer** informiert, dass an der Volkshochschule 98 % Freiberufler arbeiten, die von Honorar leben. Die Volkshochschule unterstützt das Anliegen der freiberuflichen Kursleitenden bezüglich der Erhöhung der Honorarsätze. Die gegenwärtig geltende Honorarordnung aus dem Jahr 2002 sieht einen Regelsatz von 22,50 € pro Unterrichtsstunde vor. Die Volkshochschule hat bisher davon abgesehen, von sich aus höhere Honorare einzuplanen, weil stets die Forderung im HSK war, den Zuschuss nicht zu erhöhen, sondern möglichst zu senken. Nach den Haushaltsgesprächen 2015/2016 ist in der bisherigen Haushaltsplanung für 2015 der Regelsatz in Höhe von 25,00 €/UE eingetragen, nicht für die Folgejahre. Man habe auch die Kosten für das Berliner Modell geprüft. Davon betroffen seien gegenwärtig acht Kursleitende. In den gegenwärtigen Planzahlen sind die Zuschüsse zu den Sozialabgaben noch nicht enthalten. Das entspricht einem zusätzlichen Betrag in Höhe von 15.000 € pro Jahr, der dazu komme.

Es schließen sich Nachfragen der Ausschussmitglieder an.

**Herr Viehrig** bittet um Abstimmung des weitergehenden Antrages der Fraktion DIE aNDERE.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

- 1. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, die Entgelte für Kursleiter\*innen an der Volkshochschule bis zum 01.01.2017 auf 30 €/Stunde zu erhöhen. Die Erhöhung soll ab dem 01.01.2015 in gleichmäßigen Jahresschritten erfolgen. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Mehrkosten bereits in die Haushaltsentwürfe einzustellen.**
- 2. Spätestens zum 01.01.2017 soll die Volkshochschule in Abhängigkeit von der geleisteten Stundenzahl Zuschüsse zu den Sozialbeiträgen leisten – wie dies mit dem Berliner Modell bereits in anderen Städten praktiziert wird. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, hierzu spätestens im Mai 2015 einen konkreten Umsetzungsvorschlag vorzulegen.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	4
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	0

**zu 5.4 Erste Änderung der Schulraumnutzungs- und Entgeltordnung der Landeshauptstadt Potsdam**  
**Vorlage: 14/SVV/0810**  
FB Bildung und Sport  
FA

**Frau Rademacher** erläutert, dass die Verwaltung aufgrund der Haushaltskonsolidierung aufgefordert war, eine Neufassung der Schulraumnutzungs- und Entgeltordnung vorzulegen. Diese wurde am 12. Februar 2014 beschlossen. Dies führte in der Umsetzung bei Anbietern von Kursen an Schulen zur Erhöhung der Entgelte und es kam zu Beschwerden. Um die bisherigen regulären Dauermieter halten zu können und durch Verlässlichkeit der Einnahmen den bildungsfördernden Inhalt zu honorieren, soll die Schulraumnutzungs- und Entgeltordnung um den Punkt „Langfristige Mietverträge“ erweitert werden. Eine langfristige Raum-

mietung ist ab ½ Schuljahr definiert. Die Anmietung eines Raumes beträgt 13,50 €. Vorher waren es 11,00 €.

**Herr Piest** erschließt sich nicht, warum man sich nur auf Musik und Kunstkurse beziehe. Im Namen der SPD-Fraktion bittet er darum, im Ergänzungstext der Schulraumnutzungs- und Entgeltordnung unter Tarif-Nr. 3 „privater Bildungsanbieter auf dem Gebiet der Musik, Kunst“ zu streichen.

**Frau Rademacher** erklärt, dass es weitgefasste Freistellungsparagraphen gebe, wonach es nicht zu Entgelten komme. Die tatsächliche Notlage ergab sich für private Anbieter von Kunst- und Musikkursen.

Es schließt sich eine kurze Diskussion der Ausschussmitglieder an.

**Herr Viehrig** schlägt vor, den Antrag nur um den Zusatz „auf dem Gebiet der Musik, Kunst“ streichen zu lassen, was auf Zustimmung trifft. Er lässt den Antrag mit geändertem Ergänzungstext abstimmen.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Erste Änderung der Schulraumnutzungs- und Entgeltordnung der Landeshauptstadt Potsdam **mit geändertem Ergänzungstext.**

Ergänzungstext der Schulraumnutzungs- und Entgeltordnung - Neu

<u>Tarif-Nr.</u>	<u>Gegenstand</u>
3.	langfristige Raumnutzung ab ½ Schuljahr für bildungsfördernde Inhalte privater Bildungsanbieter <del>auf dem Gebiet der Musik, Kunst</del> , sowie diesbezüglicher regelmäßiger AGs, Kurse o.ä.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	3
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	1

zu 5.5 **Bereitstellung eines zusätzlichen Vertretungsbudgets für Schulen durch das Land Brandenburg - Einstellung der städtischen Vertretungsreserve gegen Unterrichtsausfall**  
**Mitteilungsvorlage: 14/SVV/0816**  
FB Bildung und Sport  
FA

**Frau Rademacher** informiert, dass man die bisherige Finanzierung durch die Landeshauptstadt Potsdam einstellen wolle. Hintergrund seien Gespräche der Verwaltung unter Beteiligung des Kreisschulbeirates mit dem für das pädagogische Personal an Schulen zuständigen Ministerium, die dazu geführt haben, dass es ab Schuljahresbeginn 2014/2015 eine Landesregelung gibt. Danach werden 10 Mio. € für das Land Brandenburg bereitgestellt, wovon die Schulen 5 Mio. € und das Staatliche Schulamt 5 Mio. € erhalten.

**Herr Dörnbrack** verweist auf die anfänglichen Schwierigkeiten. Inzwischen wer-

de das Vertretungsbudget durch die Schulen gut angenommen. Die Schulaufsicht dringe darauf, auf das Schulbudget zurückzugreifen, weil die Mittel des Staatlichen Schulamtes bereits aufgebraucht sind. Er sei bereit eine Übersicht über die in Anspruch genommenen Mittel zur Verfügung zu stellen.

**Herr v. d. Osten gen. Sacken** begrüßt diese Entwicklung.

**Herr Kulke** fragt nach, was mit dem übrigem Geld passiere und ob man es für Schulen verwenden könnte.

**Frau Rademacher** informiert, dass der Hauptausschuss einen Beschluss zur Evaluierung Luftschiffhafen gefasst habe, und der Fachbereich Bildung und Sport aufgefordert wurde die Mittel umzuschichten.

#### zu 5.6 **Sitzungskalender 2015**

**Vorlage: 14/SVV/0718**

Stadtverordnete Müller als Vorsitzende der StVV

**Herr Viehrig** verweist darauf, dass laut vorliegenden Terminplan im Oktober 2015 keine Sitzung vorgesehen ist. Unter Einhaltung der Ladefrist wäre ein Sitzungstermin am 27.10.2015 möglich, der aber in die Ferien falle. Er bittet um Meinungsäußerung der Ausschussmitglieder.

**Herr Kulke** spricht sich dafür aus, den Termin in den Ferien ausfallen zu lassen.

**Herr Piest** stellt Dopplungen mit anderen Ausschüssen fest, in denen er oder andere Mitglieder teilnehmen müssten.

Nach kurzer Diskussion verständigen sich die Ausschussmitglieder dazu dem vorliegenden Sitzungskalender 2015 in der vorliegenden Fassung zuzustimmen.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Sitzungskalender 2015 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse sowie für weitere Gremien in der vorliegenden Fassung zu.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	4
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

#### zu 6 **Mitteilungen der Verwaltung**

**Frau Dr. Magdowski** informiert, dass Herr Finken, Fraktion CDU/ANW, eine Kleine Anfrage zur aktuellen Entwicklung der Schülerzahlen gestellt hat (DS 14/SVV/0843). In der Antwort wurde auf die Erhebung der Zahlen durch das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg verwiesen. Der Fachbereich Bildung und Sport hat zur Entlastung der Schulen bislang von einer Doppelerhebung Abstand genommen. Es wurde aber zugesagt die aktuellen Zahlen der Schulanfänger bis zur Sitzung des Bildungsausschusses am 30.09.2014 vorzulegen.

**Herr Werner** erklärt, dass die Abfrage der Einschulungszahlen für den Grundschulbereich erfolgt sei.

Der Zahlenvergleich zu den Planzahlen des Schulentwicklungsplanes 2014 bis 2020 wird der Niederschrift beigelegt.

**zu 7 Sonstiges**

**zu 7.1 Sachstand Gesamtschule Bornstedter Feld**

**Herr Richter** informiert, dass im September der erste Spatenstich erfolgt ist. Die Schule werde planmäßig im Sommer 2016 eröffnet.

Mehrere Ausschussmitglieder merken an, dass die Fraktionen keine Einladung erhalten haben.


**Herr Kulke** fragt bezüglich der Planung von Sportplätzen nach, weil weitere Sportplätze fehlen.

**Herr Richter** informiert, dass dies auszuschließen sei, da die Mittel für pflichtige Aufgaben einzusetzen sind. Vereinssport werde in der 4-Feld-Halle möglich sein. Planungsgrundlage waren die Raumprogrammempfehlungen des MBS. Man habe aber Kontakt mit dem Stadt- und dem Landessportbund aufgenommen und sei mit dem MBS im Gespräch.

**Frau Naundorf** fragt nach dem Beteiligungsverfahren der Eltern.

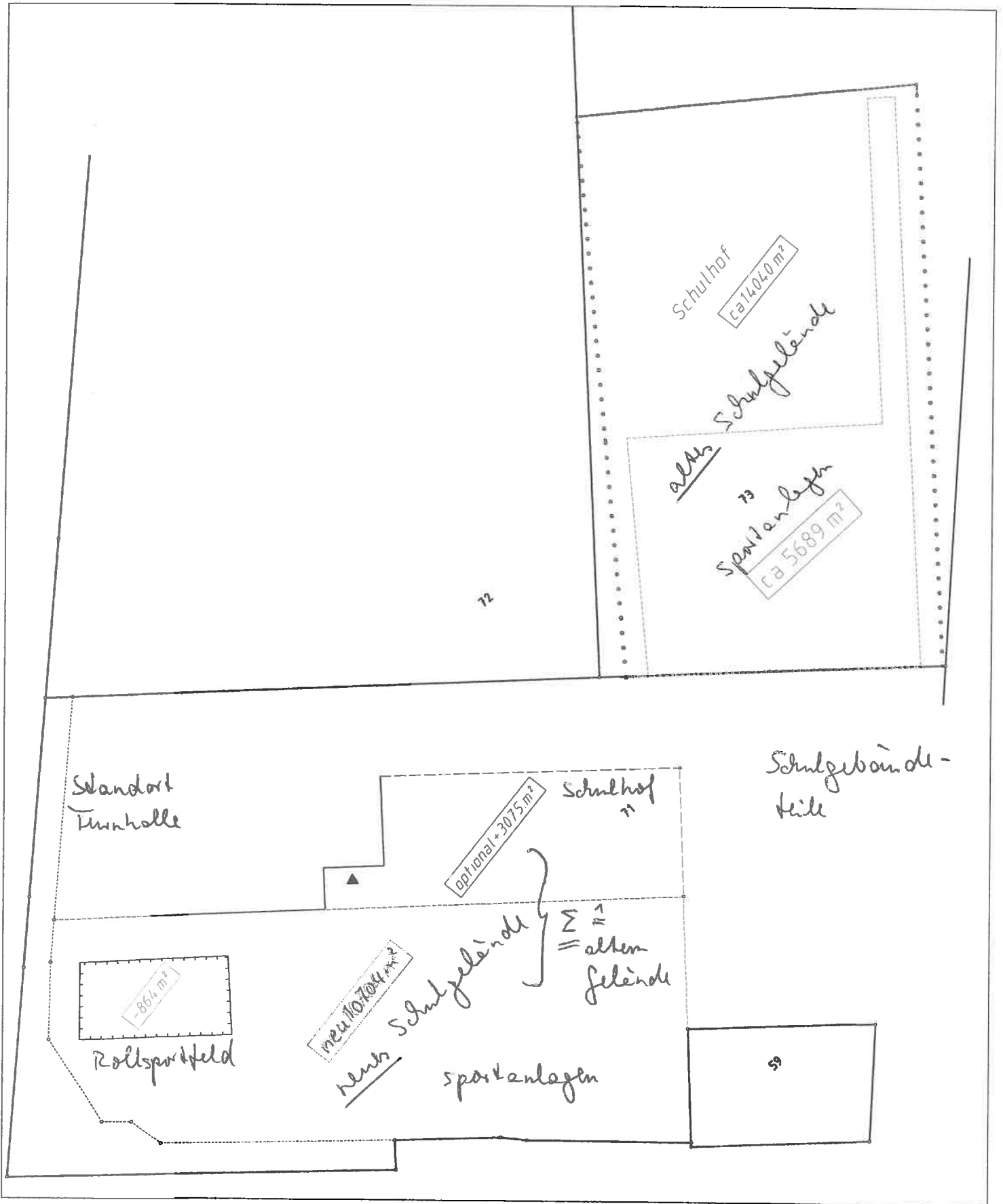
**Herr Richter** informiert, dass Schule und Schulvertreter bereits im Gestaltungsrat und beim Auswahlverfahren beteiligt waren.

**Herr Viehrig** bedankt sich für die Informationen.

  
Clemens Viehrig  
Ausschussvorsitzender

  
Gudrun Wildgrube  
Schriftführerin

# Humboldt-Gymnasium



30.09.2014

# Rollsportfeld Potsdam



# Standort



# Informationen zum Platz

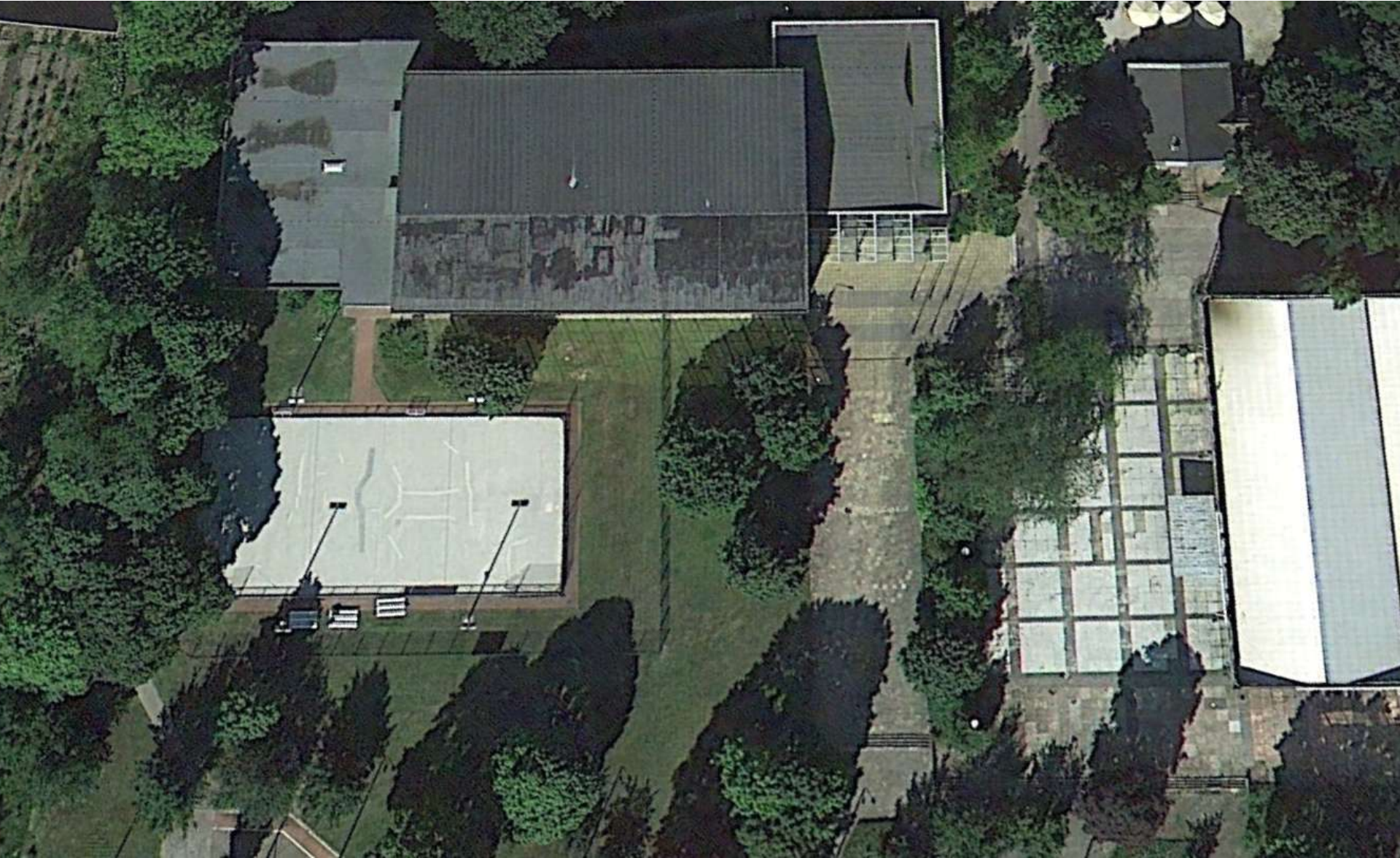
➔ Inbetriebnahme 1971

➔ letzte Sanierung Rollsportanlage im Jahre 1994

- Bodenbelag (Epoxidharz)
- Beleuchtung
- Rohrbande mit Gittereinlässen
- Drainage
- Rundlauf
- Zaun



# Schäden



# Schäden Bande



## ➔ Bande

- Betondübel ohne Halt
- nach außen verbogene Bandenplanken

# Schäden Bande



➔ Bande

- Rostbefall
- Holzplanken gerissen

# Schäden Bodenbelag (Epoxidharz)



- > wasserundurchlässig
- > bildet Blasen
- > hohe Kosten bei Reparatur
- > Spannungen und Rissbildung
- > spröde, rau, sehr hart
- > nicht gelenkschonend

# Schäden Bodenbelag (Epoxidharz)



# Schäden Bodenbelag (Epoxidharz)



# Informationen zum Epoxidharzboden

- durch Kapillarrisse und Verwitterung mehrmalige Ausbesserungsarbeiten am Bodenbelag nötig
- ausgebesserte Schadstellen erneut gerissen
- Kosten pro Ausbesserung ca. 3.000 €
- zuletzt im Juli 2011

# **Polarstern Potsdam – Inline-Skater- Hockey-Club e.V.**



**POLARSTERN  
POTSDAM**



# Was hat der Verein bisher getan?

- Reinigung der Sportanlage
- Stützung der Bande
- Ausbesserung der Holzplankenelemente
- Erweiterung der Sportanlage um eine Ballfanganlage in Zusammenarbeit mit dem KIS -> **Wert: 1.000 €**
- Erweiterung der Sportanlage um 3 Tribünen für ca. 60 Personen im Wert **von 5.500 Euro**
- Vereinsbüro am Rollsportfeld renoviert





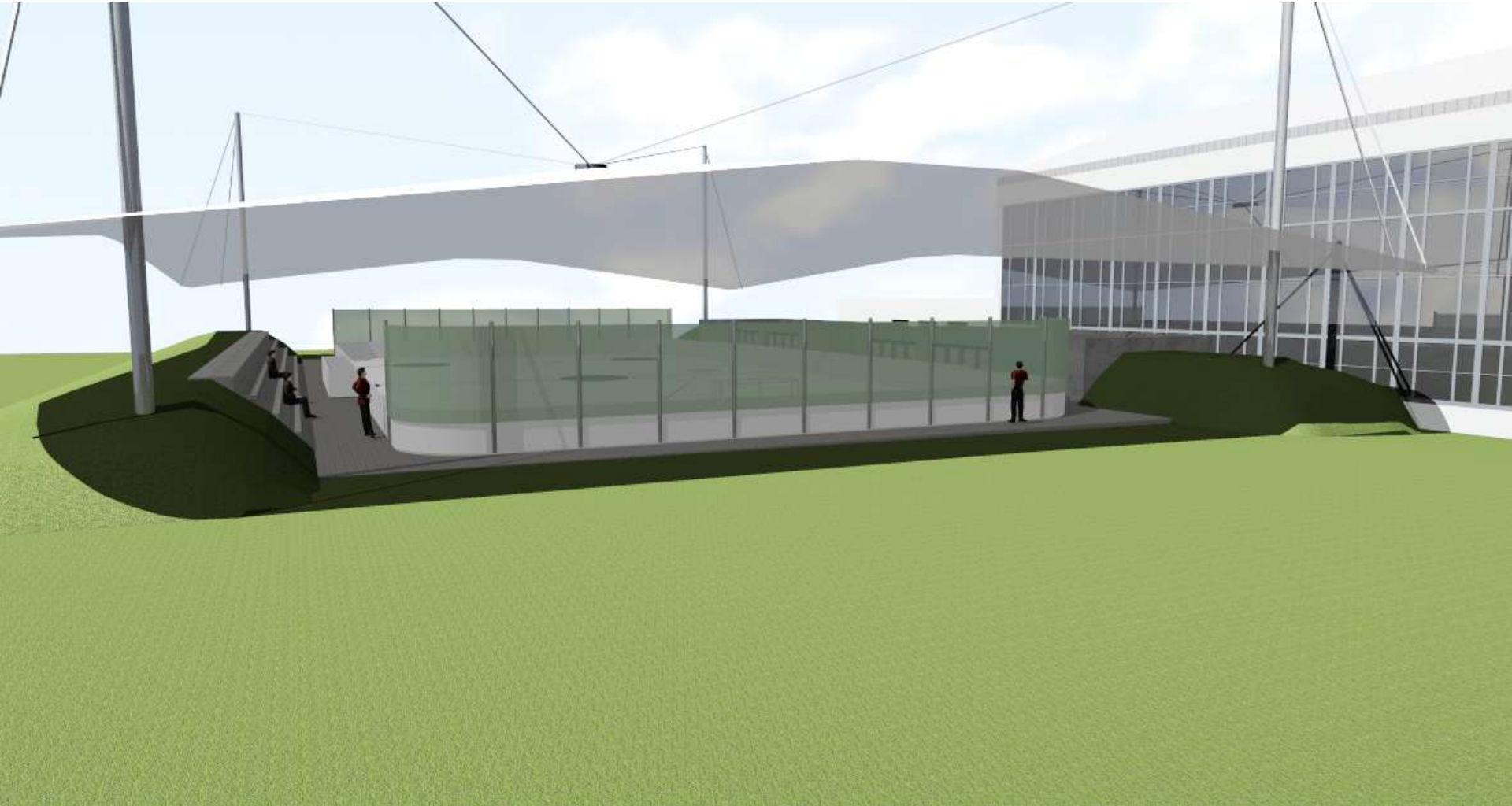


- Nutzung des Rollsportfeldes seit 1994
- 7 Sportgruppen
- > U10, U13, U16, 1. Herren, 2. Herren, Laufschule, Inline-Fitness-Speedskating
- **derzeit 135 Mitglieder**

# Ziele des Vereines

- **Erhalt der Sportanlage**
- **Überdachung der Sportanlage mit Eigenmitteln und Kooperationspartnern**
- **Verdopplung der Mitgliederzahlen von derzeit ca. 135 auf bis 250**
- **Erweiterung der Tribünen auf bis zu 120 Zuschauerplätze**
- **Erweiterung des Sportspektrums um einen attraktiven Sport**

# Die Zukunft ?



Visualisierung durch *urbanvisuell*

# Die Zukunft ?



Visualisierung durch *urbanvisuell*

# Multisport – Boden



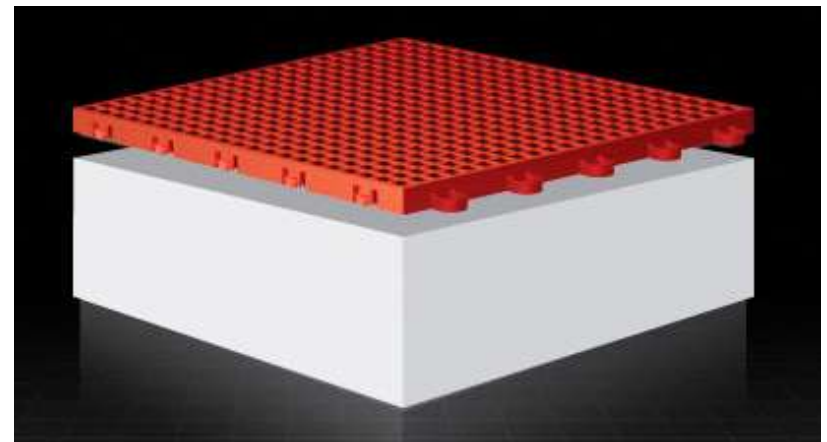


# Bergo-Multisportboden



# Warum Bergo-Multisportboden ?

- für Innen- als auch für Außenbereiche gleichermaßen gut geeignet
- Ergonomisch - gut für Gelenke und Rücken
- Extrem haltbar
- Einfach zu installieren/umzubauen
- Allwetterbahn – trocknet nach Regenfall schnell wieder ab
- egal in welchem Klima oder bei welcher Wetterlage
- Erfordert nur ein Minimum an Wartung
- Ausgezeichnete Drainageeigenschaften / wasserdurchlässig
- Geräuschkämpfende Eigenschaften



# Jetzt sind wir fertig !!!





LAND BRANDENBURG

Ministerium für Bildung,  
Jugend und Sport

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport | Heinrich-Mann-Allee 107 | 14473 Potsdam

Kreisschulbeirat Potsdam und Kreiselternrat Potsdam  
z.H. Frau Trapkowski

per E-Mail: DaTr@gmx.de

<b>POSTEINGANG</b>
Fachbereich Bildung und Sport
Eing.: 15. SEP. 2014
Signum: <i>[Signature]</i>
an: 212

*Per Mail vom KER am FB21.*

*312. Herr Werner  
Potsdam, 05. September 2014*

Heinrich-Mann-Allee 107  
14473 Potsdam

Bearb.: Jana Rettig  
Gesch.-Z.: 34.23 - 19152  
Hausruf: +49 331 866-3887  
Fax: +49 331 27548-2541  
Internet: [www.mbis.brandenburg.de](http://www.mbis.brandenburg.de)  
Jana.Rettig@mbjs.brandenburg.de

Bus / Tram / Zug / S-Bahn  
(Haltestelle Hauptbahnhof  
Eingang Friedrich-Engels-Straße)

*φ 2  
φ 21  
φ 2121  
φ K15*

**Raumplanung an Potsdamer Schulneubauten – Raumnutzungsprogramme  
Offener Brief des Kreisschulbeirates und Kreiselternrates Potsdam**

Sehr geehrte Frau Trapkowski,

im Offenen Brief bezüglich der Raumplanung an Potsdamer Schulneubauten fordern Sie die Überarbeitung von Raumnutzungsprogrammen durch das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport und die finanzielle Unterstützung der Landeshauptstadt Potsdam für Schulbaumaßnahmen in den kommenden Jahren durch das Land Brandenburg.

Grundsätzlich muss an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass nach § 99 Brandenburgisches Schulgesetz (BbgSchulG) die Schulträger des Landes Brandenburg ihre Schulen als pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe verwalten. Sie stellen insbesondere die Schulanlagen, Gebäude, Einrichtungen, Lehrmittel und das sonstige Personal. Das Land kann den Schulträgern bei Vorhandensein von Haushaltsmitteln entsprechend § 115 BbgSchulG Zuwendungen zu Bau- und Ausstattungsinvestitionen gewähren.

Im Land Brandenburg wurden keine Raumnutzungsprogramme für den Schulbau erlassen. Seitens des MBS wurden sogenannte *Raumprogrammempfehlungen* für alle Schulformen erarbeitet, die den Schulträgern auf Anfrage als Planungsgrundlage und -hilfe zur Verfügung gestellt werden.

Der Raumbedarf der Raumprogrammempfehlungen ist aus der geltenden Stundentafel der jeweiligen Schulform abgeleitet. Dabei wird unterstellt, dass für jede Klasse ein Klassenraum zur Verfügung stehen sollte (Umsetzung eines sogenannten Klassenraumprinzips). Daneben gibt es Gruppen- und Fachräume.

Zusätzliche Raumangebote aufgrund eines besonderen pädagogischen Konzeptes (wie z.B. Ganztage) bzw. der Profilbildung sind nur in Ansätzen skizziert. Diese müssten gemeinsam mit Schulträger und Schule abgestimmt werden. Hierbei

sollte im Interesse eines wirtschaftlichen Umgangs mit vorzuhaltenden Räumen nicht immer von einem additiven System ausgegangen werden. Am Nachmittag können die Fachräume durch Arbeitsgemeinschaften etc. sehr gut genutzt werden.

Bei Einpassungsplanungen kann die Raumprogrammempfehlung meist nicht 1:1 in Bezug auf Raumgrößen umgesetzt werden. Hier gilt, dass in einem Klassenraum mindestens 1,7 m<sup>2</sup> Grundfläche, anzustreben sind 2,0 m<sup>2</sup> Grundfläche, je Schülerplatz vorzuhalten sind (VV Schulbetrieb).

Der Bezug in den Rahmenlehrplänen der Grundschule zu Arbeit und Umgang mit Computern setzt nicht zwingend Informatikräume voraus. Heutzutage müssen nicht mehr unter allen Umständen stationäre Computersysteme eingerichtet werden. Der Unterricht kann auch an Laptops oder Tablets erfolgen.

Bei Schulbaumaßnahmen handelt es sich im Allgemeinen um öffentliche Bauten, für die die Bauordnung, geltende DIN - wie z.B. DIN Barrierefreiheit - und darüber hinausgehende Empfehlungen anzuwenden sind.

Zurzeit bestehen von Seiten des MJBJS leider überhaupt keine Möglichkeiten zur Förderung geplanter Schulbaumaßnahmen. Eigene Haushaltsmittel für Schulbaumaßnahmen stehen dem MJBJS schon seit mehreren Jahren nicht mehr zur Verfügung. Eine Förderung ist daher nur über Bundes- bzw. EU-Mittel möglich. Zurzeit gibt es aber auch kein Bundesförderprogramm und die Mittel aus dem Europäischen Fond für regionale Entwicklung (EFRE) der alten Förderperiode sind bereits verauslagt. Von diesen Mitteln konnte die Stadt Potsdam auch bereits profitieren.

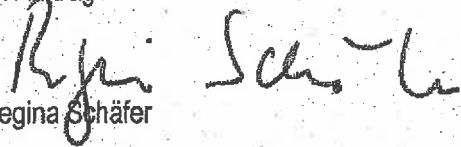
Für die neue Förderperiode der Europäischen Union befinden sich die Beschreibungen zur Umsetzung der Europäischen Fonds im Land Brandenburg gerade bei der Europäischen Kommission zur Begutachtung. Es muss davon ausgegangen werden, dass die Genehmigung erst zum Ende des laufenden Kalenderjahres erfolgen wird und eine Förderung aus den dann zur Verfügung stehenden Mitteln erst ab dem Haushaltsjahr 2015 erfolgen kann. Dabei muss gleich darauf hingewiesen werden, dass die Stadt Potsdam an dem für „Bildung“ (Förderung der Daseinsvorsorge – Inklusion) geplanten Anteil nicht teilhaben kann, da die „wachsenden“ Städte des Landes Brandenburg von der Förderung ausgeschlossen wurden.

Es wurde entschieden, die dem Land Brandenburg aus dem Entflechtungsgesetz vom Bund für den Bereich „Bildungsplanung“ zur Verfügung gestellten Mittel für die Unterstützung von Maßnahmen zur Umsetzung der Inklusion einzusetzen. Dazu ist die Erstellung einer Förderrichtlinie notwendig. Diese wird zurzeit im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport erarbeitet. Dadurch stehen dem MJBJS für das gesamte Land Brandenburg pro Jahr ca. 290.000 Euro zur Verfügung. Da die Schulen im gesamten Land die Möglichkeit einer Förderung erhalten sollen, wäre hier eventuell eine „kleine“ Förderung, aber voraussichtlich erst im nächsten Haushaltsjahr, für Inklusionsmaßnahmen möglich. Diese Maßnahmen müssten dann aber über die „normalen“ Sanierungs- und Baumaßnahmen hinausgehen.

Ich bedaure, Ihnen keine andere Mitteilung geben zu können.

Mit freundlichen Grüßen

im Auftrag

  
Regina Schäfer

## Zu TOP 5.3

### **Prekäre Beschäftigungsbedingungen in der Weiterbildung und an deutschen Hochschulen für freiberufliche Lehrkräfte**

#### **A. Betroffene Gruppen:**

1. Lehrbeauftragte an Hochschulen
2. Dozenten in Weiterbildungsmaßnahmen im Auftrag der Agentur für Arbeit
3. Kursleiter an deutschen Volkshochschulen
4. Lehrende für das BAMF in Deutsch- und Integrationskursen,
5. Lehrende an Sprachschulen wie z.B. Berlitz, Wall Street Institute etc.

Oft sind dieselben Lehrkräfte an mehreren dieser Institutionen gleichzeitig tätig und müssen davon ihren Lebensunterhalt bestreiten.

#### **B. Hauptforderungen:**

- o Dauerstellen für Daueraufgaben (regelmäßig angebotene Kurse)
- o Zahlung angemessener Honorare (erst 30 €/45 Minuten sind wirtschaftlich tragbar für Freiberufler - muss noch geprüft werden), bzw. ein Mindesthonorar für öffentlich finanzierte Auftraggeber
- o *Pünktliche* Zahlung von monatlichen Abschlägen des Honorars (In der Wirtschaft ist die Begleichung von Rechnungen in 14 Tagen üblich.)

#### **C. Bisherige Initiativen betroffener Lehrkräfte:**

1. An Hochschulen: AG Lehrbeauftragte (GEW) in Berlin (seit ca. 1999) und Brandenburg (seit 2014), Aktionen in anderen Bundesländern; Bundeskonferenz der Lehrbeauftragten an Musikhochschulen BKLM (seit 2011), Bundeskonferenz der Sprachlehrbeauftragten BKSL (seit 2012); Bundesweiter Protesttag der Lehrbeauftragten an deutschen Hochschulen: **6. November 2014**.
2. Bei Bildungsträgern im Auftrag der Agentur für Arbeit: keine bekannt
3. Kursleiter an VHSen: Unterschriftenaktion VHS Potsdam 2013; aktuelle Aktionen 2014
4. Lehrende für das BAMF in Deutsch- und Integrationskursen: Aktion Butterbrot in München; DaZ-Netzwerk (seit 2009); Moerser Resolution (2010): Aktions- und Protesttage
5. Lehrende an Sprachschulen: keine bekannt

**Unser Vorschlag im Bürgerhaushalt: „Honoraranpassung für Volkshochschul-Kursleitende nach Qualifikation“**

Nach der 1. Priorisierung hat unser Vorschlag, der eine stufenweise Honoraranpassung sowie die Einführung des Berliner Modells vorsieht, im Bürgerhaushalt Platz 11 belegt.

Zwischenzeitlich wurde ein Prüfantrag in der Stadtverordnetenversammlung gestellt, der in den Bildungs- und Hauptausschuss überwiesen wurde. Zusätzlich wurde folgender Änderungsantrag gestellt:

Anpassung des Honorarsatzes	Einführung des Berliner Modells
<ul style="list-style-type: none"><li>• stufenweise Erhöhung ab 01.01.2015 bis 01.01.2017 auf 30 Euro pro Unterrichtseinheit (45 Minuten)</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Spätestens bis zum 01.01.2017 sollen Zuschüsse zu den Sozialbeiträgen für arbeitnehmerähnliche Kursleitende (in Abhängigkeit der Stundenzahl) geleistet werden</li></ul>

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie diesen Änderungsantrag unterstützen würden.

**Kontakt:**

Gudrun Spaan                      0331-711 822                      [gudrun\\_spaan@yahoo.de](mailto:gudrun_spaan@yahoo.de)

Katrin Wartenberg                      0331 – 281 295 761                      [katrin.wartenberg@vhs-potsdam.org](mailto:katrin.wartenberg@vhs-potsdam.org)



# Honorarsituation für Kursleitende an der Volkshochschule Potsdam

## Ausgangslage

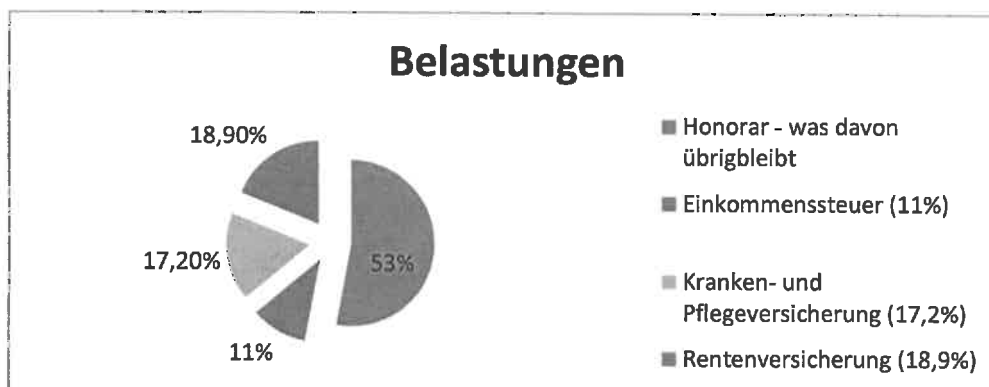
Über 12 Jahre sind die Honorare für die Kursleitenden an der VHS Potsdam unverändert niedrig geblieben. Ende 2013 erfolgte eine geringfügige Anpassung, die allerdings immer noch unzureichend ist, um die prekäre Lage der Kursleitenden – die alle Honorarlehrkräfte sind – zu entschärfen.

Das **Honorar** ist ein **Bruttobonorar**, von dem die folgenden drei Pflichtbeiträge in jedem Fall gezahlt werden müssen<sup>1</sup>:

- die **Einkommenssteuer**
- der Beitrag für die **gesetzliche Rentenversicherung** (freiberufliche Lehrkräfte sind pflichtversichert und müssen Beiträge einzahlen)
- der Beitrag für die **Krankenversicherung**

Honorarlehrkräfte müssen als Selbstständige die Beiträge zu den Sozialversicherungen allein tragen. Es gibt keine Auftraggeberbeteiligung. Der Pflichtbeitragssatz für die gesetzliche Rentenversicherung liegt derzeit bei 18,9%. Die Beiträge für die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung betragen zurzeit zusammen mindestens 17,2%.

Bei der Einkommenssteuer haben wir bei der folgenden Darstellung einen Satz von 11% zugrunde gelegt, was sich auf ein zu versteuerndes Jahreseinkommen von 17.000 € bezieht. Somit ergeben sich folgende Abzüge für ein Bruttobonorar:



Anders gesagt: Die Belastungen durch die Sozialversicherungen und die Steuer betragen 47,1 %. Bei einem Honorarsatz von 22,50 € pro Unterrichtsstunde bleiben demnach 11,92 € übrig.

Zusätzlich fallen noch Unterrichtsvorbereitung, Kursorganisation, Anfahrt, Buchhaltung an, die nicht bezahlt werden. Urlaub und Verdienstausschlag wegen Ferien oder Krankheit sowie Besprechungen sind ebenfalls nicht abgegolten.

<sup>1</sup> Das gilt für alle freiberuflichen Lehrkräfte, ganz gleich an was für einer Institution sie tätig sind.

Zum Vergleich: Nach den Berechnungen der GEW, die beim Fachgespräch mit der SPD am 29.02.12 in Berlin als Tischvorlage ausgehändigt wurden, müsste das Honorar pro Stunde für Berufsanfänger (6-12 Monate) bei 42,15 € liegen, für Lehrkräfte mit 1 Jahr Berufserfahrung bei 46,82 €, für Lehrkräfte nach 2,5-3 Jahren bei 49,33 € und nach 10 Jahren Berufserfahrung bei 60,93 €. Diese Honorare würden ungefähr der Bezahlung von angestellten Lehrkräften der Sekundarstufe I entsprechen. Und sie werden auch für **freiberufliche Lehrkräfte in der betrieblichen Weiterbildung** oft bezahlt<sup>2</sup>.

In der **allgemeinen Weiterbildung** bleiben bei einem monatlichen Einkommen von 2250 € an Honoraren (was zurzeit einem vollen Lehrdeputat von etwa 25 Unterrichtsstunden pro Woche entsprechen würde) noch 1190 € nach Abzug nur der drei Pflichtbeiträge von Einkommenssteuer und den beiden Sozialversicherungsbeiträgen übrig.<sup>3</sup> Wenn man darüber hinaus eine Unfallversicherung hat, die ratsam ist - weil der Auftraggeber nicht für Arbeitsunfälle einsteht – und eventuell noch eine Haftpflicht- oder Berufsunfähigkeitsversicherung, dann gehen noch einmal pro Monat ca. 70 € dafür ab, d.h. es bleiben ein monatliches Netto von 1120,00 Euro übrig. Ein angestellter Lehrer der Entgeltstufe 13 bezieht dagegen ein Netto von 2.700 Euro pro Monat (nach 5 Jahren im Angestelltenverhältnis). Dies ergibt eine Diskrepanz von *monatlich* 1.580 Euro zu den Bezügen eines angestellten Lehrers!

Die niedrigen Honorarsätze sind leider nicht nur an der Potsdamer Volkshochschule Realität, sondern an der Mehrzahl der privaten Bildungseinrichtungen, aber auch an öffentlichen Hochschulen. Meistens arbeiten dieselben Personen an allen drei Institutionen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Aufgrund dieser Situation sind **zahlreiche Dozenten** darauf angewiesen, fehlende Bezüge beim Jobcenter aufzustocken und/oder können die Beiträge zur Rentenversicherung nicht aufbringen. Altersarmut ist damit zu einer ganz realen Bedrohung geworden.

Bei der Potsdamer Volkshochschule handelt es sich nicht um ein privates Bildungsunternehmen, sondern um eine **kommunale Bildungseinrichtung**. Als kommunale Einrichtung verantwortet sie nicht nur das Kursangebot, sondern trägt auch **Verantwortung gegenüber den Kursleitenden**. Die Kursleitenden und die Leitung der Volkshochschule Potsdam fordern daher eine **Überarbeitung der Honorarordnung der VHS Potsdam** für die Haushaltsplanung des nächsten Doppelhaushalts 2015/16.

---

<sup>2</sup> Zum Vergleich: Freiberufliche Dozenten, die im kommunalen Fortbildungsprogramm (für kommunale Beschäftigte) der Landeshauptstadt Potsdam unterrichten, bekommen im Durchschnitt einen Tagessatz (für acht Unterrichtseinheiten) von 600 €. Das entspricht einem Unterrichtsstundensatz von 75 €.

<sup>3</sup> Meistens bekommt man jedoch nicht so viele Unterrichtsstunden zusammen, weil es zeitlich Überschneidungen gibt oder auch keine Angebote. Bei 20 Unterrichtswochenstunden bleiben dann nur noch 954 € als Nettohonorar nach Abzug der drei Pflichtabgaben übrig.

**Vergleich Abfrage Erstklässler mit Stand 30.09.2014 mit Planzahlen Schulentwicklungsplan 2014 bis 2020**

**Öffentliche Schulen Vgl. Erstklässler 2014/2015 und Prognose SEP 2014 bis 2020**

Schuljahr	Abfrage 30.09.2014		SEP 2014 bis 2020		Bemerkungen
	2014/2015		2014/2015		
Schule / Besonderheiten	Schülerzahl	Klassen	Schülerzahl	Klassen	
GS L.-Renn (2)	66	3	84	3	
GS Bornstedter Feld (3)	91	4	84	3	temporäre Maßnahmen
GS H.-v.-Pestalozza (6) INKL.	49	2	50	2	
Regenbogenschule (7)	48	2	56	2	
GS Max Dortu (8)	50	2	52	2	
GS G.-Hauptmann (12) INKL.	49	2	50	2	
GS Bruno H. Bürgel (16) FLEX	76	4	78	2	
Rosa-Luxemburg-Sch. (19) FLEX / INKL.	64	6	72	3	
GS am Priesterweg (20)	74	3	84	3	
Zeppelin-GS (23)	63	3	56	2	
Eisenhart-GS (24)	53	2	56	2	
K.-Foerster-Schule (25/26)	104	4	104	4	
Waldstadt-GS (27) FLEX	78	5	72	3	
Goethe-Grundschule (31) INKL.	49	2	50	2	
Schule am Griebnitzsee (33)	48	2	56	2	
GS Am Pappelhain (36/45) INKL.	80	4	75	3	temporäre Maßnahmen
GS am Humboldttring (37) INKL. / FLEX	41	4	48	2	
Weidenhof-GS (40)	60	3	84	3	
GS Im Kirchsteigfeld (56) FLEX / INKL.	74	6	72	3	
Montessori-OS (22) FLEX / INKL.	49	6	48	2	
OS Theodor Fontane (51) FLEX	41	3	72	3	
<b>Summe</b>	<b>1307</b>		<b>1403</b>		

Hinweis: Abweichungen der Klassengrößen durch FLEX-Klassen, SEP 2014 bis 2020 errechnete Klassen

**Schulen in freier Trägerschaft Vgl. Schuljahre 2014/2015 und 2013/2014**

Schuljahr	2014/2015		2013/2014	
Schule / Besonderheiten	Schülerzahl	Klassen	Schülerzahl	Klassen
Freie Schule Potsdam e.V.	17		16	3
Ev. Grundschule Potsdam	50	2	47	6
Neue Grundschule Potsdam	99	5	84	5
Schiller Grundschule im Sternfeld	22	2	17	2
Aktive Schule Potsdam	10	1	3	1
Internationale Grundschule Potsdam	39	3	49	3
Neue Grundschule Marquardt	41	2	40	2
Ev. Grundschule Babelsberg	49	6	49	6
Katholische Marienschule Grundschule	53	2	44	2
Walldorfschule Potsdam	23	1	22	1
<b>Summe</b>	<b>403</b>		<b>371</b>	